

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Einleitung	21
A. Einführung	21
B. Gang der Untersuchung	29
Erster Teil: Grundlagen	31
A. Die Relevanz der Grundrechte für den Drittschutz	31
I. Der subjektive Rechtsschutz	31
II. Die Funktion der Verwaltungsgerichtsbarkeit	32
III. Die Bedeutung der Grundrechte als subjektiv-öffentliche Rechte	35
B. Wettbewerbskonstellationen	43
I. Staatliche Einflussnahme durch Begünstigung von Konkurrenten ...	44
II. Staatliche Einflussnahme durch Beeinflussung der Abnehmer	46
C. Allgemeine Schutzbereichs-, Eingriffs- und Rechtfertigungsdogmatik ..	47
I. Die Relevanz allgemeiner Grundrechtsdogmatik	47
II. Die Grundrechte als Abwehrrechte	48
III. Die grundrechtliche Prüfung von Abwehrrechten	49
1. Schutzbereich	51
2. Eingriff	53
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	55
IV. Der Eingriff und seine Elemente	55
1. Der klassische Eingriff und seine Elemente	56
a) Kriterium der Unmittelbarkeit	57
b) Kriterium der Finalität	57
c) Kriterium der Rechtsaktqualität	58
d) Kriterium der Imperativität	58
2. Das „moderne“ Grundrechtsverständnis – Einbeziehung faktischer und mittelbarer Beeinträchtigungen	59
a) Faktische und mittelbare Eingriffe	61
aa) Faktische Eingriffe	61
bb) Mittelbare Eingriffe	62
b) Zusammenfassung	63

3. Allgemeine Bedenken gegen die Anerkennung jeder faktischen und mittelbaren Beeinträchtigung	64
a) Lähmung der Staatsgewalt	64
b) Rechtssicherheit	64
c) Art. 19 Abs. 4 GG	65
4. Kriterien eines neuen Eingriffsbegriffs	65
a) Finalität	66
b) Vorhersehbarkeit	70
c) Unmittelbarkeit	73
d) Intensität	75
e) Grundrechtsspezifizität der Einwirkung	78
f) Funktionales Schutzbereichsverständnis – Schutzzweck der Norm	79
g) Wirkungsgleichheit	83
Zweiter Teil: Verfassungsrechtlicher Gehalt der Wettbewerbsfreiheit	85
A. Die allgemeine Bedeutung von Wettbewerb	85
I. Wettbewerb im Allgemeinen	85
II. Wettbewerb und seine Funktionen	85
1. Wettbewerb im wirtschaftlichen Sinn	85
2. Wettbewerb als dynamischer Prozess	87
3. Wettbewerbsfunktionen	88
III. Wirtschaftsverfassung des GG?.....	90
1. These des BVerfG von der wirtschaftspolitischen Neutralität.....	91
2. Ansätze in der Literatur	94
a) These von der Garantie der sozialen Marktwirtschaft	94
b) These von der Garantie der gemischten Wirtschaftsverfassung	98
c) These von der wirtschaftsverfassungsrechtlichen Nichtentcheidung	99
3. Stellungnahme und Fazit	100
B. Der Schutzbereich der Wettbewerbsfreiheit	102
I. Das grundsätzliche Problem der grundrechtlichen Zuordnung	102
II. Der Begriff der Wettbewerbsfreiheit	103
III. Die grundrechtliche Verortung	104
1. Rechtsprechung von BVerfG und BVerwG	105
2. Ansätze in der Literatur	106
3. Stellungnahme	108
IV. Der sachliche Schutzbereich im Einzelnen	113
1. Der allgemeine Befund des BVerfG und BVerwG.....	113

2. Die einzelnen Schutzzinhalte	115
3. Mögliche Schutzbereichsrestriktionen	119
a) Das einschränkende Merkmal des Erlaubtseins	119
b) Verfassungsimmanente Schranken als Schutzbereichsbe- grenzungen	121
4. Schutz der Marktposition des Unternehmers	127
5. „Schutz vor Konkurrenz“ als Schutzbereichsproblem	134
V. Persönlicher Schutzbereich	139

Dritter Teil: Faktische und mittelbare Eingriffe in die Wettbewerbsfreiheit in Rechtsprechung und Literatur und deren Bewertung	143
A. Eingriff durch öffentliche Informationstätigkeit	143
I. Allgemeines zur öffentlichen Informationstätigkeit	143
II. Die Beurteilung der Eingriffsqualität in der Rechtsprechung	146
1. Rechtsprechung des BVerwG	146
a) Transparenzlisten-Urteil	146
b) Glykolwein-Urteil	149
c) Warentest-Urteil	153
d) Zusammenfassung	154
2. Rechtsprechung des BVerfG	154
III. Die Beurteilung der Eingriffsqualität in der Literatur	157
1. Formale Kriterien	158
2. Materielle Kriterien	159
IV. Bewertung von Rechtsprechung und Literatur	162
1. Bewertung der Rechtsprechung	162
a) BVerwG	162
b) BVerfG	167
aa) Prämisse der rechtlichen Prägung des Freiheitsschutzes	169
bb) Prämisse der Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs	170
cc) Prämisse der Vergleichbarkeit öffentlicher und privater Informationstätigkeit	175
dd) Zusammenfassung	179
2. Bewertung der Ansätze in der Literatur	180
a) Formale Kriterien	180
b) Materielle Kriterien	181
V. Eigener Ansatz zum grundrechtlichen Schutz gegenüber staatlicher Informationstätigkeit	187
1. Das betroffene Schutzgut	187
a) Schutz der Möglichkeiten, die Produkte abzusetzen	188
b) Schutz des Rufes des Unternehmens	199

2. Eingriffskriterien	200
a) Kausalität und Vorhersehbarkeit als Grundvoraussetzung einer Zurechnung	200
b) Differenzierung zwischen wahren und unwahren Tatsachenbehauptungen	201
c) Formale Unterscheidung zwischen Hinweisen, Empfehlungen und Warnungen	209
d) Unterbrechung des Zurechnungszusammenhangs durch freiwillige Entscheidung der Adressaten	213
e) Nochmals: Wahre Tatsachenbehauptungen	220
f) Inanspruchnahme amtlicher Autorität	225
Exkurs: Die Grundrechtsbindung der „Stiftung Warentest“ ..	233
g) Zusätzliches Erfordernis einer besonderen Schwere der Beeinträchtigung?	242
aa) Intensitätsanforderungen in Rechtsprechung und Literatur	242
bb) Erklärungsansätze in der Literatur.....	248
cc) Die Eingriffsrestriktion vor Art. 12 Abs. 1 GG	252
Exkurs: Die Eingriffsdiskussion zur öffentlichen Konkurrenzwirtschaft	254
h) Der Maßstab der Erheblichkeit der Beeinträchtigung	262
aa) ...in sachlicher Hinsicht	262
bb) ...in räumlicher Hinsicht	263
cc) ...in zeitlicher Hinsicht	265
i) Ergebnis	266
B. Eingriff durch administrative Begünstigungen von Konkurrenten	267
I. Eingriff durch Zulassung neuer Konkurrenz	267
II. Eingriff durch Erteilung einer Ausnahmegenehmigung	271
1. Die Beurteilung der Eingriffsqualität in der Rechtsprechung	273
a) Rechtsprechung des BVerwG	273
aa) Klettpassage-Urteil	273
bb) Die neuere Rechtsprechung zu Eingriffen in die Wettbewerbsfreiheit.....	276
b) Rechtsprechung des BVerfG.....	278
aa) Frühe Rechtsprechung – Kriterium der Intensität	279
bb) „Neuere“ Rechtsprechung – Kriterium der objektiv berufsregelnden Tendenz.....	279
2. Ungleiche Förderung und die Beeinflussung der Wettbewerbsposition	283

3. Schutzpflichtenlösung oder abwehrrechtliche Lösung – Abwehrrechtlicher Ausschluss aufgrund privaten Verhaltens des Begünstigten?	288
4. Das Kriterium der objektiv berufsregelnden Tendenz	298
5. Die materielle Betroffenheit als ausschlaggebendes Kriterium ...	311
6. Das Verhältnis zur Gleichheit im Wettbewerb	325
Vierter Teil: Rechtfertigung von Eingriffen	333
A. Der Gesetzesvorbehalt und seine verfassungsrechtlichen Grundlagen ...	334
B. Der Regelungsvorbehalt des Art. 12 Abs. 1 S. 2 GG als Gesetzesvorbehalt	340
C. Rechtfertigung von Eingriffen durch öffentliche Informationstätigkeit ..	341
I. Geltung des Gesetzesvorbehalts für öffentliche Informationen	343
1. Grundsätzliche Geltung	343
2. Entbehrlichkeit aufgrund der Besonderheiten faktischer und mittelbarer Beeinträchtigungen	344
II. Verfassungsunmittelbare Ermächtigungen	356
1. Aufgabenzuweisungen/-snormen	356
2. Die „Befugnis“ zur Öffentlichkeitsarbeit	361
3. Erfüllung einer grundrechtlichen Schutzpflicht als Eingriffstitel	366
a) Grundlagen der staatlichen Schutzpflicht	367
b) Unbestimmtheit grundrechtlicher Schutzpflichten	369
4. Kollidierendes Verfassungsrecht als Ermächtigungsgrundlage ...	373
a) Art. 2 Abs. 2 GG zugunsten anderer Bürger	374
b) Art. 5 Abs. 1 GG zugunsten des Staates	375
c) Art. 20a GG als verfassungsunmittelbare Ermächtigungsgrundlage	376
5. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit als Eingriffsermächtigung ...	377
6. Ergebnis	378
III. Rechtsfolge bei Fehlen einer hinreichenden Ermächtigungsgrundlage	380
a) Grundsätzliche Rechtswidrigkeit	380
b) Ausnahmsweise vorübergehende Wirksamkeit	380
IV. Erfordernisse einer gesetzlichen Grundlage	388
1. Beachtung des Zitiergebots	388
2. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	390
a) Inhalt und Bedeutung	390
b) Die Drei-Stufen-Theorie des BVerfG	393
c) Öffentliche Informationen als Beschränkungen der Berufsausübung	395

d) Bedeutung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes für öffentliche Informationen	396
aa) Legitime Zwecke	397
(1) Anerkannte legitime Zwecke	397
(2) Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers	398
(3) Legitimität des Schutzes von Gesundheit und Sicherheit	399
(4) Legitimität weiterer Zwecke	400
bb) Geeignetheit	404
cc) Erforderlichkeit	404
dd) Angemessenheit	407
(1) Schutz der Gesundheit und Sicherheit	408
(2) Beseitigung von Informationsungleichgewichten – Schutz der Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs – Verbraucherschutz	409
(a) Beseitigung von Informationsungleichgewichten	411
(b) Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs	412
(c) Verbraucherschutz	413
3. Verfahrensrechtlicher Anspruch auf rechtliches Gehör im Verwaltungsverfahren	420
4. Bestimmtheitsgebot	424
V. Erfordernisse an den Einzelakt	426
1. Anspruch auf rechtliches Gehör	426
2. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	426
a) Geeignetheit	426
b) Erforderlichkeit	426
c) Angemessenheit	429
3. Anforderungen an die Richtigkeit	429
a) Das Gebot der Richtigkeit	429
b) Unklare Situationen	430
aa) Unklare Sachverhalte	432
bb) Unklare wissenschaftliche Beurteilungslage	437
4. Anforderungen des Gebots der Vollständigkeit	439
5. Anforderungen des Sachlichkeits- und Neutralitätsgebotes	440
D. Rechtfertigung von Eingriffen durch Ausnahmegewilligung	442
Zusammenfassung	447
Literaturverzeichnis	459